

Nicht dasselbe in Grün – aber fast

SEKUNDARSCHULE. Der Sekundarschulgemeinde Dübendorf-Schwerzenbach flattert eine neue Einzelinitiative ins Haus. Gefordert wird die Abgabe der Landparzelle Wasserfurren im Baurecht. Ein erstes, ähnliches Begehren war ungültig.

MARTIN LIEBRICH

20000 Quadratmeter Land wollte die Sekundarschulpflege Dübendorf-Schwerzenbach vor gut zwei Jahren an einen privaten Investor verkaufen. 35 Millionen Franken hätte das in deren Kasse gespült und die Sanierung der Schulanlage Stägenbuck finanzieren sollen. Die Schwerzenbacher stimmten dem Verkauf der Parzelle zu. Doch weil sowohl in Dübendorf als auch in Schwerzenbach ein Ja nötig war, konnte das Dübendorfer Stimmvolk der Sekundarschulgemeinde einen Strich durch die Rechnung machen: Es sagte nach einem

emotional geführten Abstimmungskampf Nein.

Vier Monate später wurde von linker Seite die Einzelinitiative «Wasserfurren sinnvoll nutzen» eingereicht. Diese forderte den Kauf des Lands durch die Stadt und anschliessend den Bau gemeinnütziger Wohnungen nach dem Prinzip der Kostenmiete. Allerdings wurde auch dieser Vorschlag bachab geschickt – diesmal von der Sekundarschulgemeinde, welche die Initiative kurzerhand für ungültig erklärte. Das Verwaltungsgericht des Kantons Zürich stützte die Argumentation der Sekundarschulpflege, weil es sich bei der vorgeschlagenen Nutzung nicht um die wirtschaftlich günstigste Lösung handle. Das wäre laut Ansicht des Gerichts aber zwingend gewesen.

Kleine Anpassung im Text

Jetzt wird eine neue Einzelinitiative eingereicht, hinter der eigentlich ein überparteiliches Komitee steht: Aus Dübendorf sind drei Vertreter von SP/Grünen sowie GLP/GEU und einer aus der BDP dabei, aus Schwerzenbach zwei Partei-

lose. Sie bringen eine neue Forderung zur Bewirtschaftung des Areals Wasserfurren ein.

Die Idee diesmal: Das Grundstück bleibt im Besitz der Sekundarschulgemeinde, wird aber im Baurecht abgegeben. So könne das seit Jahren brach liegende Land bewirtschaftet und sinnvoll genutzt werden, heisst es in einer Medienmitteilung der Initianten. Und die Sekundarschulgemeinde Dübendorf-Schwerzenbach könnte über Jahre mit Einnahmen aus dem Baurechtzins kalkulieren, argumentieren die Initianten.

Die Hoffnung gleich mitgeliefert

Nicht genau definiert ist im Initiativtext der Zweck der Überbauung. In der Begründung wird seitens der Initianten jedoch ganz offenkundig gehofft, «dass die Schulgemeinde bei einem Ja zur Initiative dem Willen der Bevölkerung folgt und darauf schaut, dass auf dem Grundstück bezahlbare Wohnungen erstellt werden.» Diese sollen darüber hinaus modernen energetischen und ökologischen Ansprüchen genügen.

«Der Initiativtext ist anders», antwortet Hans Baumann (SP), einer der Initianten auf die Frage, ob nun nicht einfach die erste Einzelinitiative wiederholt werde. «Dadurch kann sie diesmal nicht mehr ungültig erklärt werden», glaubt er. Ein Argument der Schulgemeinde könnte laut Baumann sein, man kenne sich nicht aus mit Baurechtsverträgen.

Der SP-Gemeinderat entkräftet es präventiv: «Ein Schulhaus zu bauen, ist wohl anspruchsvoller. Und die Stadt Dübendorf könnte rechtlich die Sache übernehmen.» Auch die Idee der Einheitsgemeinde bringt er gleich ins Spiel. «Nach dem neuen Gemeindegesetz müsste es eine solche geben.» Hierzu ist allerdings ein Rekurs hängig. So oder so soll das Land nicht verkauft werden, findet Baumann.

Schulgemeinde sagt noch nichts

Andreas Sturzenegger (FDP), der Präsident der Sekundarschulgemeinde Dübendorf-Schwerzenbach, mag zur Initiative keine Stellung nehmen. «Wir

erfahren aus der Zeitung davon», sagt er. «Weil wir noch keine Sitzung hatten, an der wir dieses Thema besprechen konnten, werde ich noch nichts sagen können.» Es ist allerdings anzunehmen, dass die Schulpflege der neuen Einzelinitiative nicht mit grosser Begeisterung entgegenblickt.

Das Begehren kommt nun vor die Gemeindeversammlung der Sekundarschule. Nehmen die Stimmberechtigten es dort an, muss die Schulgemeinde einen Baurechtsvertrag ausarbeiten, der dann erneut vor die Gemeindeversammlung der Schule kommt. Wenn auch der Vertrag angenommen wird, wird die Initiative umgesetzt. Wobei den Gegnern mit dem Referendum auch im Fall eines doppelten Ja noch eine Möglichkeit offensteht, das Vorhaben zu verhindern. Und vielleicht zaubern die Gegner auch noch einen anderen Trick aus dem Hut. Bis die Bagger auffahren, dürften laut Schätzung Sturzeneggerts aber auch im schnellsten Fall mindestens drei bis vier Jahre ins (brach liegende) Land ziehen.